

Rezension zu:

Hans Beck/Martin Jehne/John Serrati (Hg.), *Money and Power in the Roman Republic*, Collection Latomus 355 (Brüssel 2016).

Krešimir Matijević

Der angezeigte Aufsatzband ist aus einer Tagung hervorgegangen, die im Mai 2011 an der McGill University in Montreal/Kanada veranstaltet wurde. In der „Introduction“ (9-17) skizzieren die Herausgeber die Zielsetzung der Konferenz und ihrer Akten: Untersucht werden soll, „how economic power and ‚real‘ capital influenced and augmented the nature of aristocratic power at Rome and the driving forces behind the Republic’s foreign expansion“ (12). Zwar gebe es einige wenige Studien, die sich dieser Thematik gewidmet hätten (verwiesen wird auf Publikationen von H. Schneider und I. Shatzmann), viele Detailfragen seien jedoch bislang ungeklärt. Im Anschluss an die kurze Einführung der Herausgeber folgt eine knappe inhaltliche Wiedergabe der dreizehn abgedruckten Artikel (13-17).

Im ersten Beitrag „Lawyers, Friends, and Money: Portfolios of Power in the Late Republic“ (18-25) definiert D. B. Hollander die verschiedenen Formen von Macht in der römischen Republik: staatlich sanktionierte Macht, worunter die magistratische Autorität vor Gericht, in Versammlungen und bei Militär verstanden wird, soziale Macht und schließlich ökonomische Macht, verkürzt – und wie Hollander selbst anmerkt – unpräzise auf den Nenner gebracht „lawyers, friends, and money“ (19). In der späten Republik sei das Verhältnis zwischen diesen Machtkategorien destabilisiert worden durch neue bzw. radikalisierte Möglichkeiten der politischen Einflussnahme: Rhetorik, Volkstribune und Gewalt. Auch die Bedeutung des Geldes habe sich gesteigert, was Hollander dann aber mittels der beiden Beispiele Verres und Cloelius relativiert: „The careers of Verres and Cloelius show that, while money certainly was an expected form of power, it was not an essential one“ (24). Anderen Politikern, wie z.B. Caesar, habe Geld aber wiederum gute politische Dienste geleistet. Eine sorgfältigere Differenzierung hätte zu dem Ergebnis führen können, dass die genannten Fälle in dieser pauschalen Form kaum vergleichbar sind.

C. Rosillo-López konzentriert sich in ihrem Artikel „Cash Is King: the Monetization of Politics in the Late Republic“ (26-36) auf die Einführung von Geld in die römische Politik und die Konsequenzen dieser Entwicklung. Sie zeigt, dass Geld als Mittel zur Beeinflussung von Rechtsprechung und Wahlen in der 2. Hälfte des 2. Jh.s v.Chr. bereits eine große Rolle spielte. Für die folgende Zeit war es insbesondere von Bedeutung, notwendige Mittel flüssig machen zu können. Verschiedene Beispiele zeigen nämlich, dass die Geldversorgung in der späten römischen Republik keineswegs durchgängig gesichert war, auch wenn die römische Verwaltung hier aktiv zu steuern versuchte. Zwar ist gerade in der späten Republik auch mit Schuldverschreibungen, Wechseln etc. bezahlt worden (31f.), für die Bestechung der Wähler wurde aber wiederum eine große Menge an Münzgeld benötigt. Einerseits profitierten die Wähler somit indirekt von der Ausbeutung der Provinzen (32, 36), andererseits habe der Geldfluss während der Wahlkämpfe zu steigenden Preisen und damit zu Nachteilen für dieselben geführt.

J. Edmondson widmet sich in seinem Beitrag „Investing in Death: Gladiators as Investment and Currency in the Late Republic“ (37-52) den Gladiatoren als Kapital in

der späten römischen Republik. Er zeigt, dass aus den gelegentlichen Gladiatorenkämpfen zu Beerdigungen bis zur Mitte des 2. Jh.s v.Chr. prestigeträchtige, mehrtägige Veranstaltungen wurden, für die man Kämpfer von professionellen Ausbildern (*lanistae*) mietete. Im 1. Jh. ging die römische Elite verstärkt dazu über, Gladiatoren zu besitzen statt zu leihen. Einerseits konnte man sie ausbilden und damit ihren Wert steigern, um sie dann weiterzukaufen. Möglich war es darüber hinaus aber auch, sie zu verleihen – gegen bare Münze oder als Gefallen. Zusätzlich waren Gladiatoren in diesen politisch unruhigen Zeiten als Leibwache und Schläger einsetzbar. Caesar wiederum nutzte eigene Gladiatoren vor allem für die von ihm organisierten außergewöhnlichen Spiele, womit er nach Edmondson das Fundament gelegt habe für die „gladiatorial infrastructure that developed in the early Principate“ (48).

Die interessante Studie „Rhetoric and Money: The *Lex Aurelia Iudiciaria* of 70 B.C.“ (53-67) von B. Kleinman versucht, den Gründen für das genannte Gesetz auf die Spur zu kommen. Nach Kleinman sei nicht die Korruption in den Geschworenengerichtshöfen für die Neuzusammensetzung der Juroren mittels der *lex* verantwortlich gewesen, sondern die „rhetoric against senatorial corruption“ (53, vgl. 58, 67), welche die herrschenden Zustände übertrieben habe. Tatsächlich seien vor allem Interessen der *publicani* im Spiel gewesen, welche von den Aurelii Cottae und ihren Anhängern gegen Lucullus und seine Verbündeten unterstützt worden seien. Einige der angeführten Beobachtungen müssen Vermutung bleiben, nichtsdestotrotz beeindruckt die detailreiche Auseinandersetzung mit den Quellen und der bisherigen Forschung.

Weitreichende Schlüsse zieht W. Blösel in seinem Beitrag „Provincial Commands and Money in the Late Roman Republic“ (68-81), der deshalb an dieser Stelle ausführlicher beurteilt werden soll. Blösel behandelt das spannende Phänomen, dass diverse Praetoren und Consuln offensichtlich kein Interesse an einer Provinzverwaltung hatten. Durch verschiedene Berechnungen sowie Schätzungen beziffert er diesen Anteil auf 20-50%. Mehrere Erklärungen werden angeboten: Zum einen seien viele Provinzen in finanzieller Hinsicht gar nicht so lohnend gewesen, wie man im Allgemeinen annimmt. Geschäfte in Rom seien vielfach rentabler gewesen. Ferner sei der militärische Ruhm weniger attraktiv und auch schwerer zu erreichen gewesen als in früheren Zeiten. Drittens habe man die politische Karriere in Rom besser vorantreiben können als in einer der vielen unwichtigen Provinzen. Pauschale Urteile hinsichtlich der Bereicherungsmöglichkeiten in den römischen Provinzen sollten somit zukünftig unterbleiben (siehe aber Rosillo-López 31f., Pina Polo 172).

Was die formale Vorgehensweise bei der Ablehnung eines Provinzkommandos angeht, denkt Blösel, dass man einen Eid leisten musste. Erklärt wird dies nicht. Wenn man sich die entsprechende (einzige!) Textstelle ansieht (Vell. 2,31,1: *qui cum consul perquam laudabiliter iurasset se in nullam provinciam ex eo magistratu iturum idque servasset*), kann man diese Ansicht nicht teilen. Zum einen wird von Velleius nicht, wie Blösel annimmt (73), als lobenswert herausgestellt, dass Pompeius seinen Schwur hielt, sondern dass er den Schwur ablegte. Blösels weitere Schlussfolgerung („The last remark shows that in spite of the oath, praetors would often revoke their decision to decline governorship of a province“, 73f.) kann aus diesem Grund ebenso wenig überzeugen (warum die Consuln ausgeschlossen werden, bleibt unklar). Die ganze Passage bei Velleius stellt die Außergewöhnlichkeit der Situation fest, und gemeint ist unter Umständen, dass Pompeius sich nach seinem, aus seiner Sicht, vorbildlichen Consulat jeder Anklage stellen würde, statt in einer Provinz ‚unterzutauchen‘ (übrigens hat auch Crassus demonstrativ auf eine Statthalterschaft verzichtet). Sicherlich kann man Letzteres

diskutieren,¹ ein allgemeines *Procedere* beim Verzicht auf eine Statthalterschaft ist der Stelle aber ganz zweifellos nicht zu entnehmen.

Blösels Schlussfolgerungen aus seinen Beobachtungen sind auf den ersten Blick gravierend (73): Es sei innerhalb der deutschen Forschung eine Binsenweisheit gewesen, dass die Expansion Roms im 2. und 1. Jh. v.Chr. die Verfassung des römischen Stadtstaates überfordert hätte. Die Zahl der jährlichen Imperiumsträger sei nicht länger ausreichend gewesen für die Verwaltung der Provinzen. Deshalb habe der Senat die Statthalterschaften verlängern und außerordentliche Kommanden an *privati* vergeben müssen. Diese Sicht müsse nach Blösel nun neu überdacht werden. Allerdings wird der problematische Widerspruch zwischen römischem Weltreich und stadtstaatlicher Verwaltung, soweit ich sehe, kaum jemals allein damit begründet, dass es an Statthaltern gefehlt hätte. Stattdessen wird in aller Regel, auch von dem bei Blösel an erster Stelle (73 Anm. 14) zitierten A. Heuß, betont, dass die Desintegration der Aristokratie dazu führte, dass Einzelne die gewaltigen in den Provinzen liegenden Machtmittel für ihre Zwecke nutzten.²

B. Bleckmanns Beitrag handelt von den „Roman War Finances in the Age of the Punic Wars“ (82-96). Gezeigt wird, dass über die Einnahmen und Ausgaben in dieser Zeit zwar diverse Informationen vorliegen, diese aber nicht zu einem einheitlichen Bild verknüpft werden können, da erstens nach wie vor viele Puzzleteile fehlen und zweitens annalistische Fehlinformationen und Anachronismen einen falschen Eindruck vermitteln. Die Kriegskosten sind den Quellen zufolge sowohl aus öffentlicher wie auch aus privater Hand (z.T. per Anleihen) finanziert worden, wobei die Finanziere nicht nur Gewinn machen, sondern in Teilen auch politischen Einfluss ausüben wollten. So vermutet Bleckmann, dass die Beauftragung des jungen Scipio Africanus mit dem Kommando auf der iberischen Halbinsel nur dadurch zu Stande kam, dass Scipio und seine Klienten bzw. Freunde große Teile des notwendigen Kapitals aufbrachten (90). Die Versorgung der Truppen ist darüber hinaus auch durch Konfiskationen und Unterstützung verbündeter Potentaten sichergestellt worden.

In J. Serratis Artikel mit dem Titel „The Financing of Conquest: Roman Interaction with Hellenistic Tax Laws“ (97-113) wird die wichtige Rolle betont, die Sizilien für die Versorgung des römischen Heeres nach dem 1. Punischen Krieg zu spielen begann. Er geht davon aus, dass Sizilien ab 241 v.Chr. von den Römern militärisch kontrolliert wurde und dass Teile der landwirtschaftlichen Erträge, anfangs in Anlehnung an griechische bzw. karthagische Praxis, eingezogen wurden zum Zwecke der Versorgung der dort stationierten Truppen. Im 2. Jh. v.Chr. hätten die Kornträge dann vor allem der Ernährung der Legionen im Felde gedient. Die Organisation sei von den *publicani* übernommen worden, denen Serrati diese Rolle seit der Mitte des 3. Jh.s v.Chr. zuweist (108, 112f.; differenzierter Bleckmann, 94). Dabei sei der Transport nicht über Rom, sondern direkt von Sizilien aus erfolgt. Allerdings habe die Insel auch an der Versorgung der Hauptstadt mitgewirkt.

Die Abhandlung von N. Rosenstein „*Bellum se ipsum alet?* Financing Mid-Republican Imperialism“ (114-130) widmet sich derselben Thematik wie der Aufsatz von Bleckmann. Auch Rosenstein hebt zu Beginn seines Artikels hervor, dass Kosten und Einnahmen der römischen Kriege nicht bezifferbar sind (115). Trotzdem geht Rosenstein dann dazu über, die Beute, welche bei Triumphen ausgestellt worden ist, dem

¹ So könnte man auch argumentieren, dass Pompeius sich in Rom für unabdingbar hielt oder der Ansicht war, keinen weiteren Ruhm zu benötigen, oder ausschließen wollte, als Ausbeuter einer Provinz angesehen zu werden.

² HZ 182, 1956, 1-28. Tatsächlich erwähnt Heuß an keiner Stelle seines Aufsatzes, dass es an Statthaltern gefehlt hätte.

finanziellen Aufwand, den die Bezahlung der Legionen erforderte, gegenüberzustellen. In vielen Jahren, so das Ergebnis, habe die Beute allein den Sold der Truppen nicht aufbringen können (122, 124, 126). Dabei seien noch nicht einmal die Kosten für den Transport der Truppen, den Bau von Schiffen etc. berücksichtigt. Nach Ansicht von Rosenstein führt dies zu der Schlussfolgerung, dass die 200.000-300.000 *assidui* die Kosten tragen mussten. Interessant wäre hier eine weitergehende Untersuchung. Welcher Unterschied ergibt sich, wenn man diese Zahlen mit denjenigen nach 167 v.Chr. vergleicht, als auf die Erhebung des *tributum* verzichtet wurde? Ferner wäre zu fragen, ob von der bei Triumphzügen ausgestellten Beute die Ausgaben während des Krieges nicht schon abgezogen worden sind.

H. Beck zweifelt in seinem Beitrag „Money, Power, and Class Coherence: The *ambitus* Legislation of the 180s B.C.“ (131-152) nicht daran, dass der durch die militärischen Erfolge erzeugte Geldfluss nach Rom die Politik maßgeblich beeinflusste. Ausgaben für Spiele und öffentliche Speisungen stiegen massiv an, ebenso nahmen die Versuche des Senates zu, diese und andere Wahlbeeinflussungen zu steuern bzw. zu beschränken. Beck erkennt politische Wettkämpfe insbesondere zwischen den alten Eliten und den während des 2. Punischen Krieges neu in den Senat aufgenommenen Familien (149), wobei verschiedene Karrieren in dieser Zeit aber daran zweifeln lassen, ob man die politische Situation derart verallgemeinern kann.³ Beck trägt viele fragmentarische Informationen zusammen, die eine Verschärfung des politischen Wettkampfs implizieren. Nichtsdestotrotz zeigen gerade die gesetzlichen Regelungen, die offensichtlich in der Regel *senatus auctoritate* erfolgten, dass die Mehrheit im Senat, nicht bloß ein gewisser Teil, für eine Regelung eintrat.

E. Lo Cascio widmet sich in seinem Artikel „Property Classes, Elite Wealth, and Income Distribution in the Late Republic“ (153-164) der Frage, wie das Verhältnis zwischen Arm und Reich im 3. und 2. Jh. v.Chr. bestellt war. Er leitet aus verschiedenen bei Livius, Dionysios und Polybios überlieferten Zahlen eine Entwicklung des notwendigen Mindestvermögens für die Zensusklassen ab. Vom ausgehenden 3. Jh. zur 2. Hälfte des 2. Jh.s sei das Mindestvermögen für die 1. Klasse um den Faktor 7,5 gestiegen, dasjenige für die 5. Klasse aber nur um den Faktor 2,72/2,4 (Livius/Dionysios). Damit sei das Mindestvermögen der 1. Klasse nunmehr nicht mehr nur 8/9mal höher gewesen als dasjenige für die 5. Klasse, sondern 25mal so hoch. Dies setzt allerdings verschiedene Annahmen voraus, so u.a. diejenige, dass Livius und Dionysios die Zahlen für das 3. Jh. in spätrepublikanischer Währung angegeben haben, und diejenige, dass eine Drachme bei Polybios drei Vierteln eines römischen Denars entsprach. Insgesamt gesehen geht Lo Cascio davon aus, dass die Schere zwischen Arm und Reich zwar insgesamt größer wurde, wobei die großen Vermögen hauptsächlich durch landwirtschaftliche Erträge erwirtschaftet wurden (contra Rosenstein). Letztlich sei die römische Gesellschaft auf lange Sicht aber insgesamt wohlhabender geworden.

Um Ciceros Verhältnis zu Geld und Besitz im Allgemeinen geht es in F. Pina Polos Aufsatz „*Cupiditas Pecuniae: Wealth and Power in Cicero*“ (165-177). Festgestellt wird die Differenz zwischen Ciceros Äußerungen in seinen philosophischen Schriften und seiner Lebensweise, welche sich v.a. in seinen Briefen widerspiegelt. Als Philosoph warnte Cicero davor, dem Einfluss des Geldes zu erliegen, als Politiker strebte er nach Reichtum bzw. Besitz und stellte diesen auch gerne zur Schau.

³ Siehe die Anmerkungen von Beck zu Glabrio (cos. 191); ferner den jüngst publizierten Aufsatz von R. Syme, *The Predominance of the Fulvii*. In: Ders., *Approaching the Roman Revolution. Papers on Republican History*, hg. v. F. Santangelo, Oxford 2016, 26-43.

E. Deniaux stellt in ihrem Beitrag „The Money and Power of Friend and Clients: Successful Aediles in Rome“ (178-187) den Wert der Aedilität für die weitere politische Karriere in der späten Republik heraus. Zwar war das Amt keine notwendige Station für den *cursus honorum*, wer es ausübte, konnte aber durch prunkvolle Spiele und eine gut organisierte Getreideversorgung Roms so positiv auffallen, dass er auch noch Jahre später hieraus politisches Kapital schlagen konnte.

M. Jehnes Artikel „The Senatorial Economics of Status in the Late Republic“ (188-207) beschließt den Band. Quasi zusammenfassend mit Bezug zu den vorangehenden Beiträgen legt Jehne die Bedeutung finanzieller Mittel für die politische Karriere dar. Die Finanzierung von Spielen und öffentlichen Speisungen, Wahlbestechung und die (in der Sammlung nicht behandelte) Finanzierung öffentlicher Bauwerke waren ebenso Möglichkeiten der Beeinflussung von Wählerstimmen wie die Zurschaustellung eines prunkvollen ‚privaten‘ Lebensstils. In aller Regel seien diese Ausgaben nicht von dem jeweiligen Politiker alleine zu stemmen gewesen. Schulden wurden gemacht bei professionellen Geldverleihern wie auch bei Freunden und Familienangehörigen. Aufgefüllt wurden die eigenen Mittel durch die Bewirtschaftung des Landbesitzes, durch die Ausbeutung von Provinzen (welche nicht alle gleichermaßen hierfür geeignet waren) und vor allem durch (bezahlbare) Gefallen, die erfolgreiche Politiker Freunden erweisen konnten. Eine Wahlgarantie bekam man trotz verschwenderischer Bewerbung der eigenen Person natürlich nicht ausgestellt. Das Risiko zu scheitern, ohne seine eigenen Mittel wieder auffüllen zu können, blieb sehr hoch, weshalb die Zahl der Kandidaten um den Consulat in der späten Republik vielleicht auch so gering war.

Abgeschlossen wird der Band durch ein Literaturverzeichnis (208-231), in dem viele der in den Artikeln genannten Titel fehlen,⁴ sowie ein Register der Namen (232-234) und Sachen (235-238). Ein Stellenverzeichnis fehlt leider ebenso wie ein Verzeichnis der benutzten Siglen (z.B. MRR, Rotondi etc.).

Dass Macht und Geld in unmittelbarem Zusammenhang stehen, leuchtet jedem sofort ein. Die versammelten Studien zeigen indes, dass gerade in den Details einfache Aussagen zur spezifischen Bedeutung von Kapital schwerlich möglich sind, sondern eine differenzierende Perspektive einzunehmen ist. Selbst wenn die meisten Ergebnisse von den Autorinnen und Autoren bereits an anderer Stelle publiziert worden sind, ist die Zusammenführung in einem eigenen Band zu begrüßen. Die Sammlung wird die weitere Diskussion um die Bedeutung finanzieller Mittel für eine erfolgreiche politische Karriere in der Römischen Republik und die Ausbreitung des römischen Reiches sicher fruchtbar anregen.

⁴ Z.B. Courier 2014 auf S. 35; Welwei 2000, Pedroni 2001 und Herz 2007 auf S. 85; Szaivert 2008 auf S. 90; Fronza 2010 und Eich 2006 auf S. 91; d’Arms 1981 auf S. 92; Dreher 1996 auf S. 102; Kellet-Marx 1996 auf S. 103; Beck 2003 und Beck 2011 auf S. 137; Gruen 1992 auf S. 147; Treggiari 2007 auf S. 171; Schulz 2012 auf S. 199 (gemeint ist wohl Schulz 2011).